

Niedersächsisches Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge (NBgS)



Rote Karte
für die
Strabs

PRESSEMITTEILUNG

Freigegeben zur sofortigen Veröffentlichung

Pressekontakt und V.i.S.d.P.:

Niels Finn c/o NBgS, Kirchenstrasse 12, 21256 Handeloh, 04188-fünfmaldievier83

(Hannover, 2. August 2018)

Zweites landesweites BI-Treffen am 18.8.2018 in Hannover

Das „Niedersächsisches Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge“ (NBgS) hat die Vertreter von Bürgerinitiativen aus ganz Niedersachsen für Samstag, den 18. August 2018 zu einem Folgetreffen nach Hannover eingeladen. Dieses steht auch Gasteilnehmern von Unterstützern aus der Landespolitik und Verbänden, sowie Medienvertretern offen.

Ort: „FINCA“, Beginn 14.00 Uhr, Ende ca. 17.00 Uhr.

Niels Finn, Sprecher des NBgS: „Binnen kurzer Zeit hat sich die Zahl der Bürgerinitiativen verdoppelt, die gemeinsam auf landespolitischer Ebene für die Abschaffung der ungerechten und unsozialen Straßenausbaubeiträge kämpfen, und wir haben positive Rückmeldungen von weiteren Unterstützern. Daher wollen wir zu Beginn der neuen Sitzungsperiode des Landtags die Abstimmung unseres gemeinsamen Vorgehens in den kommenden Monaten vertiefen“, so Finn. „Zwischenzeitlich liegen uns auch zahlreiche Zusagen auf unser Angebot einer Zusammenarbeit vor. Wir sind auf dem Weg, überparteilich und auf politischen Weg einen landesweiten Systemwechsel zu organisieren“, so Finn.

Im Vorfeld kommt vom NBgS auch in Richtung der Regierungskoalition aus SPD und CDU im Landtag Klartext: Das Bündnis verweist auf das aktuelle Schreiben an die Landesregierung, das auch auf der Homepage veröffentlicht wurde.

„Die Regierungsfractionen der Großen Koalition stehen für landesweit einheitliche Lebensverhältnisse in einer besonderen Verantwortung. Ein landesweit sozial gerechter Systemwechsel für das Thema ist in der Größenordnung im Bereich 0,5 Prozent des Volumens im Landeshaushalt 2018 zu haben, und das bei einem Halbjahresüberschuß von 1,9 Mrd €. Da kann es einfach nicht sein, dass es von Kirchturm zu Kirchturm andere Regelungen gibt - das kann man nicht mehr als gerecht vermitteln. Den Bürgern wird über Jahre geraten, sich Eigenheime als Altersvorsorge anzuschaffen, doch das Festhalten an Straßenausbaubeiträgen bewirkt genau das Gegenteil: Existenzängste und Krankheit werden gefördert. Dies führt gerade bei denen, die eng an ihr Umfeld gebunden sind und zeitlebens dieselbe Partei gewählt haben zu dem Gefühl fehlender Bürgernähe, und von der Politik im Stich gelassen zu werden. Das merken sich die Leute, und in der Politik wird völlig unterschätzt, welche Dynamik das entwickeln kann“, so Finn.

Und weiter: „Legen Sie daher noch in 2018 einen Gesetzesentwurf für einen echten Systemwechsel bei der Erhaltung der von allen Bürgern genutzten kommunalen Infrastruktur vor“, so Finn. „Wir werden das Thema im ganzen Land auf den Schirm der Politik bringen“.

Weitere Informationen zum NBgS unter <https://nbgs-strabsgegnerniedersachsen.jimdofree.com/>